

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Bismarck & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Seifstraße 49, Fernspr. 1667. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlstr. 8. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 epl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Interzessionsgebühr: die sechsgehaltene Beitzelle 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restanteil Seite 60 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 361

Nr. 7.

Magdeburg, Mittwoch den 9. Januar 1907.

18. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten

Preußen-Wahlrecht und Reichstagswahlen.

Am Dienstag den 8. Januar ist der preussische Landtag wieder zusammengetreten, gerade noch zur rechten Zeit, um die Aufmerksamkeit der Reichstagswähler auf eine politische Frage zu lenken, die vielleicht die wichtigste von allen ist. Nicht bloß das Volk von Preußen, sondern die Bevölkerung des ganzen Reiches steht unter dem reaktionären Druck jener der Gegenrevolution entsprungenen, überlebten und kulturwidrigen preussischen Verfassung, die den allergrößten Teil der preussischen Bevölkerung von jeder wirklichen Einflußnahme auf die Gesetzgebung und Regierung des Staates ausschließt, und den größten deutschen Bundesstaat zum Gutsbezirk eines Kaufens ostelbischer Großgrundbesitzer erniedrigt.

Preußen als Reichsregent.

Der König von Preußen ist deutscher Kaiser, der Ministerpräsident ist Kanzler des Reiches. Im Bundesrat, der die Höhe der Militär-, Marine- und Kolonialforderungen feststellt und die Beschlüsse des Reichstags annimmt oder verwirft, spielt die dem preussischen Landtag verantwortliche preussische Staatsregierung die führende und ausschlaggebende Rolle.

Wie groß der reaktionäre Einfluß Preußens auf die Reichsgesetzgebung ist, geht u. a. aus der Tatsache hervor, daß der Bundesrat im Dezember 1904 fünf wichtige Beschlüsse des nun aufgelösten deutschen Reichstags einfach aufhob. Zwei dieser Beschlüsse hatten eine Reform des furchtbaren Militärstrafgesetzes verlangt und eine Milderung seiner Bestimmungen, die geringfügige Vergehen der einfachen Soldaten mit drakonischen Strafen bedrohen. Ein dritter Beschluß verlangte die von den Bergarbeitern stürmisch geforderte Einführung eines Reichsberggesetzes, ein vierter das Recht der Untersuchungsgefängnisse auf Selbstbeschäftigung, ein fünfter den Abschluß eines Auslieferungsvertrags mit Rußland, der der russo-borussischen Willkür in der Behandlung russischer Flüchtlinge ein Ende hätte bereiten können.

Alle diese — sehr bescheidenen, allzu bescheidenen — Beschlüsse des Reichstags wurden verworfen vom Bundesrat unter Führung der preussischen Regierung.

Die Hausmacht des Dreiklassensystems.

Die gesetzgebenden Körperschaften Preußens, von denen das preussische Volk so gut wie völlig ausgeschlossen ist, beschließen über die Höhe der meisten direkten Steuern, vor allem der Einkommensteuer innerhalb des preussischen Staatsbereichs, über Schul- und Kirchengesetze, über die Gestaltung der Gewerbe-Zulassung.

Ihrer Kontrolle und Kritik untersteht die Staatsregierung mit ihrer gesamten Verwaltung, insbesondere der berichtigten preussischen Polizeiwirtschaft. Durch ihr Statut üben sie einen entscheidenden Einfluß aus auf die Höhe der Löhne und die Arbeitsbedingungen Hunderttausender in staatlichen Bergwerken und auf staatlichen Eisenbahnen beschäftigter Proletarier.

In ihrer Hand steht es, den Staatsarbeitern und den Proletariern der Landwirtschaft das Koalitionsrecht zu geben oder zu verweigern. Von ihnen hängt es ab, ob die preussischen Staatsangehörigen nicht deutscher Mutter Sprache als gleichberechtigte Bürger geachtet, oder zur Schande des ganzen Reiches wie flüchtiges Wild gehetzt werden sollen.

In allen diesen und vielen andern Beziehungen wirken die gesetzgebenden Körperschaften Preußens in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung tyrannisch und ungerecht nach innen, nach außen aber, als schlechtes Vorbild, schädigend auf die Interessen und das Ansehen aller deutschen Stämme und des ganzen Reiches.

Reichstagswahlrecht und Landtagswahlrecht.

Bei den Reichstagswahlen am 25. Januar wird entsprechend dem im Reich geltenden Gesetze jeder Wähler innerhalb seines Wahlkreises in geheimer Abstimmung seine Stimme für den Kandidaten abgeben, dessen Programm ihm am besten gefällt, und alle abgegebenen Stimmen im Kreise werden gleich gezählt ohne Ansehen der Person, die sie abgegeben hat. Das ist die Form des Wahlrechts, die in modernen Kulturstaaten die übliche ist, die in Amerika, England, Frankreich, Italien, der Schweiz, in den süddeutschen Staaten, und nach Abschluß der Wahlreform auch in Oesterreich gilt.

Preußen aber besitzt ein Landtagswahlrecht, wie es sonst nur noch einmal in der Welt, nämlich in Sachsen, vorzufinden. Nicht der Mann, der Staatsbürger, sondern der

Geldsack entscheidet. Die Höchstbesteuerten bilden die erste, die Niedrigstbesteuerten die dritte Wählerklasse; zwischen beiden steht noch eine zweite. Nach Klassen gesondert wählen die Wähler nicht geheim, sondern mündlich und öffentlich, nicht den Abgeordneten, sondern eine Anzahl von Wahlmännern, die für jede Klasse gleich ist.

In dritten Berliner Landtagswahlkreis s. B. gibt es 179 592 Wähler; davon gehören 3038 der ersten Wählerklasse an, 19 512 der zweiten, 157 042 der dritten. Die 22 550 Wähler der ersten und zweiten Klasse haben zusammen doppelt soviel Wahlrecht wie die 157 042 der dritten. Rechnet man hier den Wert der Wählerstimme dritter Klasse mit 1, so beträgt der Wert der Wählerstimme erster Klasse 5.2. Nehulich ist es übera!

Die Stimme des Proletariats, die obendrein noch, weil öffentlich, unter der Kontrolle des Arbeitgebers abgegeben wird, wiegt federleicht, die des Reiches zentnerschwer. Der arme Mann in Preußen hat kein Vaterland, oder hat wenigstens keine Ursache, es zu lieben.

Die Zusammensetzung des Dreiklassenparlamentes.

Bei den Reichstagswahlen vom 16. Juni 1903 erhielten in Preußen Stimmen:	Bei den Landtagswahlen vom 20. November desselben Jahres erhielten Abgeordnetenmandate:
Konservative 765 421	Konservative 148
Freikonservative 267 826	Freikonservative 54
Nationalliberale 645 463	Nationalliberale 79
Freisinnige 513 443	Freisinnige 31
Zentrum 1174 598	Zentrum 97
Sozialdemokraten 1649 698	Sozialdemokraten 0

Kann es einen besseren Beweis für die Tatsache geben, daß die Sozialdemokratie in der modernen Kulturwelt die Rolle des Christentums übernommen hat, daß die Partei der Mitleidigen und Beladenen in der Unterdrückten ist für selber unterdrückt, als Sachwalterin der Rechtlosen selber im Klassenstaate rechtlos.

Drei Jahre Volksvertretung.

In ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Man kann das wahre Wesen der bürgerlichen Parteien nirgends besser beurteilen lernen als an ihren Taten und ihrer Haltung im preussischen Dreiklassenparlament.

Am 16. Januar 1904 trat das neugewählte Abgeordnetenhaus zusammen. Bereits am 10. Februar verlangte es durch Beschluß die gesetzliche Achtung „kontraktbrüchiger“ Landarbeiter. Der kontraktbrüchige, vielleicht unmenschlicher Behandlung entziehende Proletarier sollte dadurch dem Hungertode überantwortet werden, daß man Arbeitgeber und Arbeitsvermittler, die einem kontraktbrüchigen Landarbeiter Arbeit gaben oder vermittelten, mit Strafe bedrohte.

Dieser menschlich schöne, wahrhaft christliche Beschluß entsprang einer Anregung der Zentrum Abgeordneten Gerold und Frißen. Der Antrag wurde gestellt vom Freikonservativen Arendt, zum Beschluß erhoben durch die Stimmen der beiden konservativen Fraktionen, des Zentrums, der meisten Nationalliberalen. Die Regierung, würdig vertreten durch den Schweinezüchter und Lippekirchendiener Bobbielski, versprach die Durchführung des Beschlusses: am 7. Mai 1904 ging dem Landtag eine entsprechende Regierungsvorlage zu, zu deren Erledigung es aber nicht kam, da sie allzu offensichtlich gegen die Verfassung verstieß!

Anfang 1904 jagte die preussische Eisenbahnverwaltung 27 Arbeiter, die zum Teil fast ihr ganzes Leben dem preussischen Eisenbahndienst geopfert hatten, aus dem Dienste, weil sie sich einer modernen Gewerkschaft angegeschlossen hatten. Dieses Vorgehen fand am 9. März 1904 die jubelnde Zustimmung des preussischen Abgeordnetenhauses.

Im Januar 1905 brach der große Bergarbeiterstreik aus. Die Sozialdemokraten verlangten den Erlaß eines Reichsberggesetzes durch den Reichstag. Sie forderten im Interesse der Bergarbeiter u. a.: Kurze Schichtzeiten für Arbeit an gesundheitsgefährlichen Orten, Befreiung des Wagners, Wahl von Wagenkontrollleuren, Grubenkontrollleuren und Arbeiterausschüssen durch die Belegschaft. Das Zentrum schien auf diese Anregungen einzugehen, half aber zugleich, die Angelegenheit nach dem preussischen Landtag zu verschleppen, wo das geplante Arbeitergesetz zu einem Arbeitergesetz umgewandelt wurde.

Am 26. Mai beschloß das Abgeordnetenhaus ein Gesetz, dessen Hauptinhalt der folgende ist: Das Nullen wird abgelehnt und durch andre Strafbestimmungen ersetzt; abgelehnt wird der sanitäre Maximalarbeitstag (für Arbeit an heißen und nassen Orten); die Arbeiterauschüsse, die in der zweiten Lesung abgelehnt worden waren, werden angenommen mit der Maßgabe, daß erst nach

drei Jahren Arbeit auf einer Beche Wahlberechtigung eintritt, daß nur gewählt werden kann, wer über drei Jahre auf ein und demselben Werk in Arbeit und über 30 Jahre alt ist, daß der Auszubehrende verpflichtet wird, das „gute Einvernehmen“ der Arbeiter mit den Herren zu wahren, diesen nur die bescheidenen Wünsche der Arbeiter vorzutragen, sich aufreizender Tätigkeit zu enthalten, andernfalls er nach „fruchtloser Verwarnung“ von der Bergbehörde aufgelöst wird.

Diese mehr als russischen Bestimmungen wurden am 18. Mai vom Zentrum durch den Mund des Kölner Abgeordneten Trimborn als „Ungeheuerlichkeiten“ und „Abnormitäten“ für unannehmbar erklärt, am 26. Mai aber, genau acht Tage später, vom Zentrum einschließlich des Herrn Trimborn, angenommen und zum Gesetz erhoben.

Am 3. November 1904 beging das Abgeordnetenhaus seine einzige freirechtliche Tat. Es beschloß die Aufhebung der disziplinarischen Arreststrafe für Unterbeamte. Die Regierung stimmte aber dem Beschluß nicht zu. Feindschaft zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus ist deswegen nicht entstanden.

Am 30. Juni 1904 beschloß das Abgeordnetenhaus ein Gesetz, durch welches in Pommern, Posen, Schlesien, Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Provinz Sachsen und Westfalen den Polen die landwirtschaftliche Ansiedlung unterjagt werden kann. Für dieses, von der Regierung ausgehende verfassungswidrige Gesetz stimmten die Konservativen und die Nationalliberalen.

Am 17. Juni 1904 beschloß das Abgeordnetenhaus, um endlich doch etwas für das Volk zu tun, den Soldaten, fromme und patriotische Liederbücher zu schenken.

Am 15. März gewährte es den Ministern eine Gehaltszulage von 14 000 Mark jährlich.

Am 13. Mai 1904 stellten die Konservativen und Nationalliberalen den berichtigten Schulantrag, der die preussische Volksschule im Prinzip darauf festlegt, daß der Unterricht für protestantische, katholische und jüdische Kinder gesondert eingerichtet ist und überall rein konfessionelle Schulen errichtet werden, in denen der ganze Unterricht auf religiös-konfessioneller Grundlage erteilt wird. Am 6. Juli 1906 wurde das Schlußgesetz der Geisteskrankheit in einer Form angenommen, die obendrein noch das Selbstverwaltungsrecht der Städte völlig zertrümmert.

Die sozialdemokratische Presse hatte leidenschaftlich dagegen protestiert, daß ein Volksschulgesetz unter Ausschluß des Volkes über Volksschulen verhängt werde und verlangt, daß diese in das Volksleben tief einschneidende Frage einer Volksvertretung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zur Entscheidung überlassen werde. Darauf antwortete das Parlament des ungleichen, indirekten und öffentlichen Wahlrechts, indem es mit den Stimmen der Konservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums beschloß, drei sozialdemokratische Redakteure strafgerichtlich verfolgen zu lassen. Vierzehn Monate Gefängnis sind bis nun das letzte gegenwärtige Ergebnis der preussischen Parlamentsarbeit.

In der Frage der Russenhege, des Mirbachbetteles, der polizeilichen Passfälschung und erpresserischen Verleitung eines Russen zum Landesverrat fand die preussische Regierung die Mehrheit des Abgeordnetenhauses natürlich auf ihrer Seite.

So kennzeichnet sich das preussische Abgeordnetenhaus, bestehend aus Konservativen, Nationalliberalen, Zentrum und einer schwächlich feigen, bloß markierten Freisinn-„Opposition“, durch seine Taten. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Wahlrechtsbewegung und „Wahlreform“.

Die Schmach des preussischen Schulgesetzes peitste die preussischen Arbeiter aus ihrer Gleichgültigkeit und ihrem allzu gedulden Langmut endlich auf. Der 21. Januar, der 18. März, der 1. Mai 1906 sahen gewaltige Kundgebungen, des Proletariats, in denen ein endliches Ende der Dreiklassenhande stürmisch gefordert wurde.

Am 21. Januar 1906 mobilisierte die preussische Regierung einen großen Teil ihrer Armeen, um den von ihr befürchteten Straßendemonstrationen mit gepanzerter Faust zu begegnen. Und vier Tage nach dem ersten Gedenktage dieses 21. Januar finden die Reichstagswahlen statt!

Am 20. März 1906 brachte die preussische Regierung im Abgeordnetenhaus zwei Wahlrechtsvorlagen ein. Deren

einzigster Zweck darin bestand, die Lebensdauer des Dreiklassenwahlrechts zu verlängern und eine Obstruktion der Sozialdemokraten bei den bevorstehenden Wahlmänner- und Abgeordnetenwahlen unmöglich zu machen. Zu diesem Zwecke wurden einige übergroße Wahlkreise geteilt und zehn neue Kreise geschaffen, ferner einige Wahlorte in den Mittelpunkt der Wahlbezirke verlegt.

Die Wahlrechtsdebatten, die bei Beratung dieser Vorlagen geführt wurden, ergaben, daß außer den Konservativen keine bürgerliche Partei es mehr wagte, sich zum Dreiklassenwahlrecht zu bekennen. Dieses hat also im Abgeordnetenhaus keine Mehrheit mehr, die für seinen Fortbestand offen eintritt. Nichtsdestoweniger erklärten sich die Nationalliberalen für entschiedene Gegner des gleichen und geheimen Wahlrechts und traten für öffentliches, nach Besitz, Alter und Bildung abgestuftes Wahlrecht ein. Zentrum und Freisinnige behaupteten Anhänger des gleichen und geheimen Wahlrechts zu sein; auf die sozialdemokratische Forderung, sie sollten in Konsequenz dieser grundsätzlichen Stellungnahme gegen die Gliedvorlage der Regierung stimmen, die doch nur dazu diene, dem Dreiklassensystem das Leben zu fristen, gingen sie aber nicht ein, sondern sie stimmten für die Regierung des Dreiklassensystems und deren Vorlagen.

Wahlkampf ist Wahlrechtskampf!

Haben die entrechteten und verhöhten preußischen Staatsbürger dritter Steuer- und Wahlklasse also keine Möglichkeit, erlittene Unbill heimzuzahlen, Verräter zu bestrafen und dem guten Recht zum Siege zu verhelfen? Und kann die nicht preußische Bevölkerung des Reiches nichts dazu tun, um den schwer kämpfenden Untertanen des schwarzweißen Gewaltrechts zu Hilfe zu eilen?

Doch! Sie können es! Der 25. Januar gibt Ihnen die Gelegenheit dazu. Am 25. Januar ist jeder Maria Preussens als Reichsangehöriger Wähler gleiches Rechts! Am 25. Januar können Bayern, Württemberger, Badener, Hessen, Sachsen, Thüringer, Mecklenburger und Oldenburger mit daran helfen, den preußischen Stein aus dem Wege zu wälzen und der Entwicklung Preußens-Deutschlands zu einem freien Volksstaat die Bahn zu öffnen!

Wer einem Feind des gleichen Rechts zum Siege hilft, gibt sich damit selbst in die Knechtschaft und seinen Unwert! Nur, wer zum gleichen Recht und dessen einzigem entschiedenen Vertretern, den Sozialdemokraten, steht, wahrt seine Würde als Mensch und Staatsbürger!

In Preußen, Sachsen und im ganzen Reich: Keinem Feind des gleichen, geheimen und direkten Landtagswahlrechts eine Stimme!

Pod als Engländer.

Ein im „Deutschen Verlag“ zu Berlin erscheinendes Flugblatt, das in einer nicht mehr schwindlerisch zu nennenden, sondern einfach betrügerischen Weise die finanziellen Vorteile der Wüstenbahn Stubub-Reemanshoop anpreist, enthält u. a. folgende sehr interessante Stelle:

Durch die Bahn wären wir unabhängig von der Kapkolonie geworden, und alle die durch die Transportkosten und die unerhörten Preissteigerungen der englischen Händler verjüngerten Millionen konnten dem deutschen Steuerzahler erspart bleiben! Sie sind ihm durch die Kurzschichtigkeit seiner Volksvertreter ganz unnötig aus den Taschen gerissen worden.

Deutsche Wähler! Hierfür sind auch die aus Zentrum, Sozialdemokratie, Polen und Welfen zusammengesetzte Reichstagsmehrheit verantwortlich.

Wir haben wohl nur geträumt, als wir die Kunde vernahmen, daß ein deutsches Ausbeuterkonsortium unter Beteiligung der — Frau eines königlich preussischen Staatsministers in Südwestafrika den Reichsfiskus ausgeraubert hatte. Wir haben geträumt, als wir hörten, daß die Reichstagsmehrheit die Lösung jener schamlos wucherischen Verträge verlangt und durchgesetzt habe. Pod ist eine englische Firma, und die Sozialdemokratie hat ihre Geschäfte besorgt. Darum nieder mit den verdammten Engländern und nieder mit den Sozialdemokraten!

Wenn wir nächstens lesen sollten, daß Bebel als Gouverneur von Ostafrika Negerkinder gebraut, Bollmar als Truppenführer in Südwest Schlüge bekommen und Singer als bezorrugter Lieferant der Reichsregierung Margarine für Butter verkaufen wollte, welcher Beitrag durch die Unfähigkeit seiner Erzeuger des Herrn Staatsministers v. Podbielski noch rechtzeitig entdeckt wurde, werden wir in jülicher Ergebung sagen: „Auch das ist wahr! Es ist wenigstens genau ebenso wahr, wie neun Zehntel von allem, was in den Flugblättern des Kaiserministeriums sonst zu lesen ist!“

Pauli Befehring.

Liberaler Blätter melden:

Die Faktion der Freisinnigen Volkspartei hat beschlossen, im Abgeordnetenhaus einen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Wahlen zum preussischen Landtag einzubringen.

Der 25. Januar, der im Kalender als der Tag von Pauli Befehring bezeichnet steht, wird seine Schelten bekommen.

Nachdem sich der Freisinn einer reaktionären Regierung an den Hals geworfen, das Budgetrecht des Reichstags preisgegeben und mit der Partei Oldenburg-Podbielski einen Herzensbund geschlossen hat, sieht er sich dennoch genötigt, sein verschüttenes Renommee durch die Einbringung eines Antrags aufzurufen, der, zum Trost für so manchen liberalen Freiheitshelden so, wie die Dinge heute liegen, keine Aussicht auf Erfolg hat.

Die Freisinnigen haben es in früheren Zeiten überhaupt für überflüssig gehalten, so „aussichtslose Anträge“ einzubringen, und sie haben noch am Anfang der letzten Landtagsession einen nationalliberalen Wahlrechtsantrag unterstützt, der sich darauf beschränkte, unter Beibehaltung des Dreiklassensystems eine Neueinteilung der Wahlkreise zu wünschen. Wenn die Freisinnige Volkspartei, von der Wahlrechtsbewegung der Arbeiter und der Sorge um den Wahlausfall getrieben, jetzt sich der Mühe unterzieht, eine parlamentarische Demonstration für das gleiche Wahlrecht vorzubereiten, so weiß jedermann, daß sie nur aus der Not eine Tugend macht.

Wer, damit es gleich gesagt sei: So nebenher läßt sich die Sache nicht machen! Der Freisinn und die bürgerlichen Parteien überhaupt werden noch zu verschiedenen und sehr beträchtlichen Fortschritten gezwungen werden müssen, wenn das bürgerliche Bekenntnis zum gleichen Landtagswahlrecht mehr werden soll als ein Speck, um Wähler zu fangen. Wie kann eine Partei, die drauf und dran ist, im deutschen Reichstag eine Mehrheit von Wahlrechtsfeinden zu schaffen, erwarten, daß man ihren Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts ernst nehmen werde?

Es gibt nur eine Partei, der es ernstlich um die Einführung des gleichen Wahlrechts zu tun ist, die Sozialdemokratie, und es gibt außerdem noch eine zweite Partei, die sich in sehr akademischer und verbrämter Form zum gleichen Landtagswahlrecht bekannt hat, das Zentrum. Freilich ist auch dieses Bekenntnis von höchst zweifelhaftem Wert, wie die Stimmen von Strachwitz, Bachem und andern Zentrumsstürmern beweisen. Offene, brutale Gegner des gleichen Wahlrechts sind aber die Konservativen und Nationalliberalen, und auf ihrer Seite steht auch der Freisinn. Er bekämpft die Sozialdemokratie, die die einzige zuverlässige Freundin des Volksrechts ist, er bekämpft auch das Zentrum, das sich wenigstens theoretisch für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen hat: er unterstützt aber Herrn v. Oldenburg-Faruschau in Elbing und wählt Wasser in Rothenburg gleich im ersten Wahlgang.

Die Befehring des Freisinns ist also in keiner Weise ernst zu nehmen. Er will bloß Spaß machen. Aber Sache der preussischen Massen wird es sein, aus dem Spaß Ernst zu machen und den Freisinn auf dem Wege nach vorwärts kräftiger zu unterstützen, als es seiner Hinterliste lieb ist.

Freisinn und Konervative.

Die Aufforderung des Fürsten Bülow an die Linken liberalen, mit den Konservativen gemeinsam die rote und die schwarze Gefahr, die Polen und die Welfen, zu bekämpfen, ist wenige Monate nach jener lebhaften Polemik erfolgt, welche die konservativen Blätter gegen die vermeintliche verfassungsmäßige Revolutionierung der deutschen Südstaaten gerichtet hat.

Im Sommer vorigen Jahres erklärte die „Kreuzzeitung“ Württemberg den Krieg, und schalt insbesondere auch die Erste Kammer Württembergs, weil man sich auf die Verfassungsreform eingelassen habe. Das Junkerorgan führte höchst drohende Reden gegen die Preisgebung nationaler Rechte durch die württembergische Regierung und das württembergische Parlament. Fast schien es, daß man den schwächlichen Demokraten und der ihnen folgenden württembergischen Monarchie eine preussische Exekution in Aussicht stellen wollte. Vor wenigen Monaten betrachteten die Konservativen den Rain als preussische Nationalgrenze, und die süddeutschen Volksparteiler schienen ihnen die allergefährlichsten Feinde, deren ansteckende Seuchengefahr man durch strenge Sperre vom preussischen Boden fern halten müsse. Am 12. Juni 1906 schrieb die „Kreuzzeitung“:

Daß man den Stuttgarter Absoluten soweit entgegenkommen ist, bedauern wir rückhaltlos, zumal jede neue Erschütterung zeigt, daß ihr Einfluß schwindet, und daß ihr Erbe die agitatorisch ebensowenig wählertische Sozialdemokratie ist. Ob nun Ruhe eintreten wird? Das zu glauben, erfordert Skepsis und die Unkenntnis der beweglichen Methode der radikalen Parteien. Wenn die neue Erste Kammer den radikalen Wortführer in der Zweiten Kammer nicht zu Gefallen handelt, so wird das Reformgesetz bald wieder losgehen. Da es in der Natur des Radikalismus liegt, die unumschränkte Herrschaft seiner wenigen ehrgeizigen Führer anzustreben, und daß man sich diese gefallen läßt, ist ein wertvoller Beitrag zur politischen Massenpsychologie. Die Reformwut ist eben in den Südstaaten eine epidemische Krankheit. Es gehört aber die richtige Bemessung dazu, um sie nicht über den Rain greifen zu lassen.

Gerne erlauben die süddeutschen Revolutionäre den preussischen Junkern den Rain zu überschreiten und aus dem Reichstag ein deutsches Herrenhaus nach preussischem Muster zu gestalten. Auf der andern Seite erlaubt die Regierung des Fürsten Bülow und erlauben die Konservativen den Reichsfeinden von gestern, daß sie konservativ stimmen dürfen.

Seitdem sich Eugen Richter durch seinen Zollerrat um den Lebensmittelminder der Junker so hervorragende Verdienste erworben hat, sind die Konservativen überhaupt geneigt, dem Freisinn alle erdenklichen Liebesdienste für die heilige konservative Sache zuzutragen. Um die gleiche Zeit, als die „Kreuzzeitung“ jene Kriegserklärung gegen die süddeutschen Volksparteiler losließ, forderte sie die Freisinnigen zur Beihilfe auf, um durch einen genialen Staatsstreich die

ganze Umsturzgefahr ein für allemal zu beseitigen. „Kreuzzeitung“ berichtete, daß ein ungarischer Justizminister Herr Polonyi, den Gedanken erörtert habe, die Wahlgefährlichen Elementen dadurch zu verhindern, daß man im Parlament selbst das Recht erteile, Mandate von baterlandsfeindlichen Abgeordneten freizugeben. Dieser Justizminister Polonyi sei, so fügt die „Kreuzzeitung“ aus, in jeder Hinsicht ein Mann von dem Herzen des deutschen Freisinns, und das führende Wort der Konservativen Preußens fügte aufmunternd hinzu:

Wird in Ungarn durchgeführt, was er angedeutet hat, Annullierung von Mandaten, deren Inhaber Anarchisten oder Sozialisten sind, durch das Parlament selbst, so erwägen vielleicht die deutschen Freisinnigen und Demokraten, auch in Deutschland der Weg gangbar ist, auf ihr Gefinnungsgenosse in Ungarn hingewiesen hat.

Die Neußerung der „Kreuzzeitung“ zeigt sowohl, in welchen Mäßen die Konservativen sich unablässig tragen als auch das Zutrauen, das die junkerlichen Staatsstreiche gegenwärtig zu den Männern des bürgerlichen Freisinns haben, daß sie mit dabei sein würden, wenn gälte, das einzige deutsche Volksrecht zu füllen. Das Mittel, mißliebige Parteien, solange sie der Minderheit sind, durch einfache Ungültigkeitserklärung ihrer Mandate aus der Welt zu schaffen, ist ja unfehlbar. Würde heute nach dem Wunsche des deutschen Reichstags nicht nur gegen die Sozialisten, sondern auch gegen das Zentrum, Polen und Welfen angewandt werden. Und der Freisinn würde begnadet werden, mitzuhelfen! —

Dernburg als Revolutionär.

Die Absicht des Kolonialdirektors Dernburg, am 11. Januar in Berlin eine Wahlrede von Stapel lassen, findet die schärfste Mißbilligung der „Antisozialdemokratischen Korrespondenz“.

„Ein hoher Beamter“, schreibt sie, „der sich unter die Ma begibt, um vor ihr den Wahlkampf zu führen, begibt sich auch die Abhängigkeit der Masse. Das ist in halb und ganz republikanischen Ländern wohl in Ordnung, da hier die Masse und das Ergebnis des Wahlkampfes auch unmittelbar über das Schicksal der Minister und hohen Beamten entscheidet. In Deutschland und Preußen aber sind die Staatsmänner von der Masse unabhängig und unbeeinträchtigt.“

Die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ erinnert zu sehr gelegener Zeit daran, daß wir politisch noch nicht in Westeuropa, geschweige denn in Amerika, sondern noch in Halbajen leben, wo die Tschine und Mandarin ihr Amt lediglich höherer Gunst verdanken und insofern nicht von den „Launen des Volkes“, sondern von ganz anderen Launen abhängig sind.

„Niemand in Deutschland“, schreibt Fürst Bülow, „mit ein persönliches Regiment“, und zu gleicher Zeit bestätigt die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“, daß es in Deutschland patriotische Pflicht ist, das persönliche Regiment zu erhalten. Daß das gerade jetzt festgestellt wird, ist sehr gut, weil sich gegenwärtig die beste Gelegenheit bietet, es zu ändern. —

15 682 Sklaven-Staaten in Preußen!

Wer ist der Herr Preußens und Deutschlands? Das Volk? Nein, denn es hat keinerlei Recht, seinen Willen durchzusetzen!

Der König? Nein, denn er kann nur regieren, wie es den wirklichen Herren von Preußen gefällt.

Ist Preußen überhaupt ein Staat? Nein. Preußen ist immer noch eine Ansammlung von kleinen selbständigen Raubstaaten, an denen der bloße Begriff eines Rechtsstaats scheitert.

Daselbe Preußen, von dem Napoleon die Welt zu befreien suchte, bestand aus einer Reihe von Domänen des Königs und des Junkertums. Der Junker war Herr über seine Untertanen. Er schrieb ihnen vor, was sie ihm zu bezahlen hatten; er bestimmte das Maß ihrer Abgaben an Diensten und Naturalien für den gnädigen Herrn. Er hatte die militärische Kommandogewalt über seine Bauern, er war ihr Richter und ihre Polizei. Ohne seine Erlaubnis durfte sich der Untertan nicht aus dem Gutsbezirk entfernen, er durfte sich auch nicht verheiraten, seines Besitzes sich nicht entäußern.

Diese altpreussischen Gutsbezirke, diese Anarchie selbständiger Privatstaaten sind bis zum heutigen Tage erhalten.

Nach der neuesten Statistik gibt es nur 1279 Städte in Deutschland, aber 15 682 Gutsbezirke, in denen der Besitzer zwar nicht mehr jene unumschränkten Rechte des Feudalstaates dank Bonapartes Degen hat, in denen er aber noch immer die polizeiliche Gerichtsbarkeit hat und in denen die sozialpolitische Einwirkung auf seine „Untertanen“ nicht viel geringer ist, als sie in der Zeit der Erbuntertänigkeit war.

Zu diesen 15 682 Gutsbezirken, die Preußen in einen Haufen von kleinen Sklavenstaaten zerreißen, wird die preussische und deutsche Politik vorbereitet und zubereitet.

Gegen die Nebenregierung hat Fürst Bülow die deutschen Wähler angereizt, damit die Oberregierung der 15 1/2 Laufenden Feudalherren um so kräftiger wüchse!

Das deutsche Volk wird beherrscht von diesen 15 682 Zuhabern von Gutsbezirken! Sie sind der Staat, sie sind das Reich, sie sind die nationale Ehre!

Bebel soll erdolcht werden!

Die Berliner „Post“, das Scharfmacherorgan der Stummjungen Erben, bringt in ihrer Nummer 10, Abendausgabe vom 7. d. M., einen leitenden Artikel, der besondere Erwähnung verdient. Der Artikel ist nach Angabe der Re-

Kobelt und die Gewerksvereine.

Einige Gewerksvereinsführer in Magdeburg unterstützen offen die Kandidatur des Herrn Kobelt. Selbst so unerfreuliche Bundesgenossen wie der Baumeister Löper, dessen ganze Rede in der Mittelstandsversammlung aus einem bösen Geschimpfe über den „Terrorismus“ der Arbeiterorganisationen bestand, oder wie die Streikbrecher aus der vom Reichsverband gegründeten gelben Gewerkschaft haben den Gewerksvereiner Wittner nicht abgehalten, einen Platz in dem Ausschuss einzunehmen, der den Witschmaschkandidaten ohne politische Gesinnung und ohne politisches Wissen suchte, und Herr Wegler gehört gar zu jenem Wahlschuss, der mit liguerischen Versprechungen und niedrigen Verdächtigungen in der Art, wie sie vor 3 1/2 Jahren angewandt wurden, die Gimpel für Kobelt einfangen will. Netze Arbeiterführer das, die sich mit den ärgsten Scharfmachern, den grimmigsten Arbeiterfeinden, den rüchständigen Spießbürgern, mit millionenschweren Unternehmern und hochkonservativen Wahlrechtsfeinden verbünden, um einen Wahlkreis seiner Vertretung durch einen Arbeiter zu berauben. Wir haben vorläufig noch immer die Hoffnung, daß die Wittner und Wegler auf eigne Faust arbeiten und daß der größte Teil ihrer Mitglieder ihnen nicht auf dieser Wahn des Arbeiterbetrugs folgen wird. Deshalb richten wir unsere Charakteristik des Tuns der beiden genannten Vertrauensleute der Gewerksvereiner auch gegen diese selbst und nicht gegen ihre Organisation.

Wie verhält sich nun dieses Vorgehen der Wittner und Wegler mit dem Grundsatz der Neutralität, den der „Gewerksverein“ und der „Mitteldeutsche Kurier“ vertritt? O, sehr gut! Die beiden sind nämlich nicht als Gewerksvereiner bei der Aufstellung und Propagierung der Kandidatur Kobelt beteiligt. Wittner ist Mitglied des Sozialliberalen Vereins, Wegler der Freisinnigen Volkspartei, als Parteimänner leihen sie dem schlichten Mann aus der Wurstküche ihre Hilfe. Wer kann etwas dagegen haben? Die beiden Herren haben zwar einen sehr schlechten Geschmack bewiesen, als sie sich ihre Partei aussuchten, aber schließlich, darüber läßt sich nicht streiten, und wenn es gefällt in der Gesellschaft von Raßbach und Brüggemann, dem muß man eben sein Vergnügen lassen.

Wir nehmen aus ganz bestimmten Gründen an, daß die Herren Wittner und Wegler sich nicht damit begnügen werden, die eben gebrauchten Argumente zur Verschönigung ihres Tuns ins Feld zu führen, sie werden vielmehr die Organisation der Gewerksvereine für die Kandidatur Kobelt nutzbar zu machen versuchen. Den Plan dazu hat Wittner in einer Versammlung des Sozialliberalen Vereins enthüllt. Er ist sehr einfach. Beiden Kandidaten, Kobelt und Pfannkuch, werden gewisse Fragen vorgelegt. Kobelt, der im Versprechen in diesen Tagen ja nicht faul ist, kommt es natürlich nicht darauf an, den Berg von schönen Dingen, die er in Aussicht stellt, um einiges zu erhöhen. Er wird alles versprechen, was die Gewerksvereiner haben wollen, und wird darauf von den Gewerksvereiner unterstellt; nicht als Parteimann, als Kuddelmuddelkandidat, sondern als Freund der Gewerksvereine. Das ist der Plan der Wittner und Wegler, und seine Ausführung hat bereits begonnen, wie die Abschrift des folgenden Briefes zeigt, der dem Genossen Pfannkuch zugegangen ist:

Geehrter Herr!

Im Auftrage des Ortsverbandes der deutschen Gewerksvereine für Magdeburg gestatte mir an Sie als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Magdeburg die höfliche Anfrage zu richten, ob Sie, geehrter Herr, die Organisation der deutschen Gewerksvereine als eine gleichberechtigte Arbeiterorganisation gegenüber den andern bestehenden Organisationen, insbesondere den „freien Gewerkschaften“, anerkennen. Wir hielten uns für die Stellung dieser Frage verpflichtet, als das Organ der sozialdemokratischen Partei Magdeburgs, die „Volksstimme“, bisher eine entgegengesetzte Stellungnahme an den Tag gelegt.

Ich bitte Sie, uns freundlichst bis zum 4. Januar 1907 Ihren wohlwollenden Bescheid zu Händen des Unterzeichneten zu übermitteln. Eine Nachbeantwortung innerhalb der gewünschten Zeit halten wir für eine ablehnende Antwort.

Hochachtungsvoll und ganz ergebenst

F. Wittner, Verbandssekretär, Johannisikirchhof 3b, 2.

Wir lassen gleich die Antwort folgen, die dem Fragesteller zugeht. Genosse Pfannkuch schrieb ihm:

Geehrter Herr!

Auf Ihre im Namen des Ortsverbandes der deutschen Gewerksvereine an mich gerichtete Anfrage, ob ich die Organisation der deutschen Gewerksvereine als eine gleichberechtigte Organisation gegenüber den andern Gewerkschaften, insbesondere den „freien Gewerkschaften“ gegenüber, anerkenne, erwidere ich Ihnen folgendes:

Wie Ihnen bekannt ist, bin ich Kandidat der sozialdemokratischen Partei. Als solcher ist meine Stellung eine gegebene. Meine politischen Handlungen und die dementsprechend zu beobachtende Taktik werden bedingt durch das sozialdemokratische Programm und durch die Beschlässe der Parteitage.

Auf dem Parteitag in Mannheim ist die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften in folgender Resolution festgelegt worden:

„Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den andern Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft erstrebt. Ein Ziel, das auch der Klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen.“

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.“

Damit dürfte meine Stellung zu den Deutschen Gewerksvereinen — S. D. — unabweisbar auch für Sie festgestellt sein.

Darüber, ob ich die Deutschen Gewerksvereine noch mit „andern bestehenden Organisationen“ gleichberechtigt halte, enthalte ich mich des Urteils. Meine Beurteilung und Würdigung der „andern bestehenden Organisationen“ wird von denselben Erwägungen wie die oben angeführten diktiert.

Hochachtungsvoll W. Pfannkuch.

Das ist eine sehr blühende und klare Antwort, die keinen Zweifel über die Stellung des Genossen Pfannkuch zu den Gewerksvereinen läßt. Ein Parteikandidat konnte aber auch gar keine andre Antwort geben, das hätten sich die Herren Wittner und Wegler voraussetzen können. Ein Kandidat von den Qualitäten eines Kobelt allerdings, der wird ihnen anders antworten, ganz besonders auch deshalb, weil Herr Wittner so vorsichtig war, dem Herrn Reserveunteroffizier, der so gern das Wurstmachen mit dem Geseßemachen vertauschen möchte, vorher zu sagen, zu welchem Zwecke die Anfrage an ihn gestellt wird und welche Antwort die Gewerksvereinsgrößen erwarten.

Wir wollen nun zunächst einmal abwarten, was seitens der Gewerksvereine geschieht. Der Umstand, daß Herr Wittner bis zum 4. Januar, dem Tage, an dem Kobelt endgültig aufgestellt wurde, die Antwort verlangte, läßt darauf schließen, daß schon in dieser Sitzung der „Staatskreuzen“ Herr Kobelt der Unterstützung der Gewerksvereine und nicht nur der ihrer Führer versichert wurde. Aber das muß ja in den nächsten Tagen bekannt werden. Bis dahin enthalten wir uns weiterer Urteile über das Verhältnis der Gewerksvereine zu Kobelt. Ist das Bündnis erst perfekt, dann soll es an dem nötigen Kommentar nicht fehlen! —

Wahlrechtsfeinde.

Der „Arbeitergeber-Zeitung“ wird von „geschätzter Seite“ geschrieben:

„Weder die Konserverativen, noch die Freikonserverativen, noch die Nationalliberalen gehen mit der Energie in den Wahlkampf, durch die die Linksliberalen sich auszeichnen. Ich glaube die Ursache dieses verschiedenen Verhaltens in der Stellung der Parteien zum Reichstagswahlrecht suchen zu dürfen. Unter den Konserverativen und Freikonserverativen macht sich immer mehr die Ansicht geltend, daß sie unter dem Reichstagswahlrecht keine Erfolge erringen können, sondern froh sein müssen, wenn sie ihren Besitzstand erhalten. Wehnlich sieht es bei der großen Masse der nationalliberalen Wähler, trotzdem die Führer der Partei offiziell weiter verkünden, daß die nationalliberale Partei ihre Werbekraft unter der großen Masse nicht verloren habe. Nur bei den Linksliberalen glauben Wähler und Parteiführer noch ehrlich und fest, daß sie unter der Herrschaft des Reichstagswahlrechts imstande sind, mit ihrem Parteiprogramm die breite Masse der Lohnarbeiter von der Sozialdemokratie abzuziehen, und daher rührt die Energie, welche sie im Wahlkampf zeigen.“

Die diesmalige Wahlbewegung wird dadurch zum Prüfstein für die bürgerlichen Linksliberalen, welche das Reichstagswahlrecht als das heiligste Gut der Nation verehren. Gelingt es ihnen, die Sozialdemokratie zurückzudrängen und damit den Beweis zu liefern, daß das Deutsche Reich unter dem bestehenden Reichstagswahlrecht im bürgerlichen Sinne regiert

werden kann, dann werden die Linksliberalen die eigentliche Stütze des Reiches werden. Man kann also mit Spannung dem Augenblick entgegensehen, da sich herausstellen wird, ob die Lohnarbeiterschaft den Kandidaten der Linksliberalen, oder ob sie denen der Sozialdemokratie den Vorzug gegeben hat.“

Und wenn sich nun herausstellt, daß die Arbeiter gar nicht daran denken, sich von der Sozialdemokratie abzuwenden? Der Scharfmacher macht es leicht, zu erraten, was dann zu geschehen hat. Dann muß das Wahlrecht abgeändert werden! Konserverative und nationalliberale Politiker warten schon lange auf den Moment, an dem sich das ermöglichen läßt. Der Mitarbeiter der „Arbeitergeber-Zeitung“, der seine Leute kennt, gibt das unumwunden zu, die Nationalliberalen und Konserverativen auch — aber nur wenn sie unter sich sind. In der Öffentlichkeit sind sie vorsichtiger, trotzdem ist schon manche kompromittierende Aeußerung in Rede und Schrift bekannt geworden. Vor einiger Zeit erst haben wir eine Anzahl wahlrechtsfeindlicher Aeußerungen der „Magdeburger Zeitung“ zusammengestellt. Das Blatt hat dazu kein Wort gesagt, es besitzt aber die Freiheit, an seinen Bericht über die Singer-Versammlung zu sagen, der Rodner habe die unwareren Behauptungen über eine angebliche Gefährdung des Reichstagswahlrechts wiederholt.

Die Wähler werden besser tun, wenn sie der „geschätzten Seite“ der „Arbeitergeber-Zeitung“ vertrauen, als dem nationalliberalen Lügenblatt. —

Wahlkreis Magdeburg.

Kalbes Verlangen.

Ein Herr T. ergreift in der „Magdeb. Ztg.“ das Wort. Sein unschuldig Gemüt ist bekümmert wegen der vielen „roten Wahlzettel“ und der Agitationsnummern der „Volksstimme“, die jetzt den Leuten überall in die Hand gedrückt werden und er meint daher, es sei an der Zeit, daß baldigst auch andre als sozialdemokratische Zettel unter das Volk kommen“, und zwar Zettel, die die Sprache der Wahrheit und der edlen Denkweise führen. Der Mann soll nur warten, wenn erst Raßbach geredet haben wird, und Stern und Löper und noch einer der Verleumder vom Reichsverband, dann wird er die „edle Denkweise“ kennen lernen, die bei denen um Kobelt herrscht.

Weiter verlangt unser T., daß auch Wahlprogramme unverzüglich in Druck gegeben werden. Ja, das wünschen wir auch, damit man wenigstens einmal erfahren könnte, was der Witschmaschkandidat Kobelt eigentlich will. Aber sein Programm ist ja, kein Programm zu haben, und deshalb wird es wohl der Herr T. nicht erleben, daß sein Wunsch in Erfüllung geht. —

Kobelt und die Gastwirte.

Im Gastwirteverein verbandelte man kürzlich auch über die Reichstagswahl. Die Gastwirte haben ja alle Ursache, den Wahltag zu einem Abrechnungstag mit der Regierung zu machen, denn sie haben in den letzten Monaten schwer unter den Taten der Regierung und ihrer Mehrheit im Reichstag leiden müssen, die ihnen die Brauksteuer aufgehakt haben. Wenn sie nicht noch schwerer von dieser Steuer gedrückt werden, dann verkaufen sie dieselbe ausschließlich den Arbeitern, die mithelfen, den Plan der Branereien, die Biersteuer ganz auf Wirte und Publikum abzuwälzen, zu durchkreuzen. Welche Stellung nahm aber der Vorsitzende des Gastwirtevereins ein? Er erklärte, wenn „die Gastwirte auch durch Steuerlasten sehr gedrückt seien und wohl Grund zur Unzufriedenheit mit der Regierung hätten, so sollten sie sich dadurch nicht abhalten lassen, einmütig für den bürgerlichen Kandidaten einzutreten“. Das ist also eine Empfehlung an die Wirte, die Hand zu küssen, die sie gezüchtigt hat. Wir denken, es gibt auch noch Leute von Charakter unter den Wirten, die diese Zumutung entrüstet ablehnen. —

Liguerische Behauptungen.

Weil sie befürchtet, daß der Eifer der „Reichstreuen“ für Kobelt nicht groß genug ist, um den „Schwarzen Adler“ zu füllen, verbreitet die „Magdeb. Ztg.“ die Meldung, die Sozialdemokraten wollten frühzeitig anrücken und das Lokal füllen. Das Blatt denkt, auch die bürgerlichen Wähler würden nun in hellen Häusen anrücken, und um das zu bewirken, hat es den Schwundel in die Welt gesetzt. Wir betonen demgegenüber noch einmal, daß das sozialdemokratische Wahlkomitee die Parole ausgibt: Versammlungen der Kobeltmänner, zu denen nicht alle Wähler eingeladen werden und in denen selbstverständlich auch freie Diskussion gewährt werden muß, sind von unsern Genossen zu meiden. —

Hebermenschen.

In einem hiesigen Blatte lesen wir: „Was interessiert das Parteileben und die Interessenpolitik der einzelnen Wählergruppen nicht im geringsten. Die blöden Zukunftsträume der Gleichmacher, in deren Zukunftsstaat der Rechtsanwalt Dr. Soudojo oder der geistig hervorragende Parteiführer rein menschlich betrachtet die gleiche Null sein würde wie der bescheidene Fuhrknecht, der glücklich ist, wenn ihm seine Peitsche nicht gemault wird, sind uns ebenso schnuppe wie die im tiefsten Grunde auf stumpfem Dogmen glauben aufgebauten Herrschermächte der Zentrumsführer.“ Woher dieses Gewäsch stammt? Unnütze Frage, es gibt in Magdeburg nur einen Menschen, den des Schicksals Tode berufen hat, seinen Mitmenschen gute Lehren zu geben, der solchen Müßlump fabrizieren kann. Das ist Herr Eisert, der Chefredakteur des „General-Anzeigers“. Der Mann sollte Kobelt die Wahlsflugblätter schreiben!

Die Hoffnung des Wismarsche.

Das Kartell der Vereinten von Döper über Stern und Raßbach bis Weyler trägt große Siegeszuversicht zur Schau.

Das könnte wohl sein, wenn in Magdeburg nicht die Arbeiter bei den Reichstagswahlen den Ausschlag gäben.

Sie haben nicht vergessen, wie vor Jahresfrist, als sie gegen das Bundtagswahlrecht demonstrierten, ein paar Regimenter Artillerie und Infanterie gegen sie mobil gemacht wurden.

Und die Arbeiter werden sich weiter aller der Schikanen erinnern, denen sie ausgesetzt sind. Des polizeilichen Eingreifens bei den Streiks, durch das sie außer ein Ausnahmewort gestellt werden.

Erst nun, nachdem die Wahlen gekommen sind, nachdem ihn die Nationalliberalen für gut genug hielten, die Rolle des Durchfallskandidaten zu spielen, die aus ihren Reihen niemand übernehmen will.

Keine falsche Siegeszuversicht, die hat uns 1903 die Stichwahl besichert. Aber die Ueberzeugung, daß der Wahlkreis Magdeburg der Sozialdemokratie gehört und ihr bleiben muß.

Flugblattverbreiter im Wahlkreis Salzweil-Gardelagen.

Diejenigen Genossen, die das Material von der letzten Flugblattverbreitung noch nicht abgeholt haben, werden ersucht, dieses sofort an H. Giesecke, Große Ringstraße 3 oder Schandstraße 36, abzuholen.

Die Kriegsverbände

Und jetzt auch auf dem Plan erschienen, und Arm in Arm mit dem Gewerkschaftler Weyler bemüht sich der Vater der gelben Gewerkschaft, der Herr Weyler, die Wähler für Kobelt einzujagen.

So groß nun aber auch die Zahlen sind, mit denen man die Wähler anzuwerben will, so klein ist die Zahl derer, die wirklich dafür sind, dem Kartell der Reichsverbände anzugehören.

In der Wismarsche-Verammlung.

Das konservativ-nationalliberal-freiwirtschaftlich-liberal, antimilitärisch-reformatorisch-mittelständisch-kapitalistisch-fürstliche mit jenen zugewandten „entchiedenen Liberalen“ Abgeordneten aus der Landschaft.

Erfahrungen über „Sammellistenkandidaturen“ hat. Wir geben ihm

hohes Maß Wort: Großhändler und Stadtobermeter erster Güte Sparend, in Firma Großmund u. Co.: Meine Herren, ah — ah — wir sind hier zusammengelassen, um uns über eine einheitliche Kandidatur, ah, aller bürgerlichen Parteien zu einigen.

Der Kandidat: Meine Herren! Ich lebe still und harmlos — mein Messer war auf Kinder, Schweine und Rälber gerichtet, meine Gedanken waren rein von Mord, die „Vollstimmigkeit“ hat die Milch der frommen Denkart mir in gärenden Drachengift verwandelt, meine Parole ist: Die Sozialdemokratie muß in den Wurffleissel gehakt werden!

Der Kandidat: Meine Herren! Ich komme von evangelischen Eltern, bin getauft, konfirmiert und getraut, und will als evangelischer Christ sterben, Jude werde ich nie werden.

Der Kandidat: Selbstverständlich muß die Großindustrie gefördert werden. Für die Arbeiter muß der Kost- und Logiszwang eingeführt werden (Sparend: Ich danke, bei 600, mit Frau und Kindern), das Streiken muß verboten werden.

Ein konservativer: Mit Gott für König und Vaterland! Wende ist ja heute geschieht, weil Mittel für Afrika verweigert. Regierung kann allein bestimmen, wieviel Soldaten, wieviel Geld, Reichstag nur zum Ja-sagen da.

Der Kandidat: Meine Herren! Ich bin Reserveunteroffizier, habe drei Jahre gedient und weiß, was Disziplin und Gehorsam ist. Ich stimme für alle Militär-, Marine- und Kolonialforderungen, denn das Geld kommt wieder unter die Leute.

Lehrer Schwächling: Daß der Herr Kandidat ein gebildeter, geistig hervorragender Mensch ist, meine Herren, dafür ist wohl der beste Beweis der, daß ich ihn zu meinem Ouzgfreund erhoben habe.

Der Kandidat: Ich bin Mitglied des Kriegervereins und halte meinem Landesherren die Treue. Wenn die Regierung ein Ausnahmengesetz für nötig hält, werde ich dafür stimmen. Alle Arbeitervereine müssten eigentlich aufgelöst werden, nur die Kriegervereine müssen natürlich bleiben.

Der Kandidat: Ich bin ein liberaler Mann, Freiheit für alle Bürger, die bezahlen können. Einem Gesetz, wie es Herr Grün verlangt, kann ich meine Zustimmung nie geben — nie. Aber, meine Herren, wir können die Vereine auf andere Art lösen. Ich würde für eine Haussteuer eintreten, die doppelt so hoch ist wie die Einkommensteuer.

Der Kandidat: Ich bin ein liberaler Mann, Freiheit für alle Bürger, die bezahlen können. Einem Gesetz, wie es Herr Grün verlangt, kann ich meine Zustimmung nie geben — nie.

entgegenkommen und ihm eine Antwort erteilen, obgleich Programm die Programmlosigkeit, mein einziges Wissen das ist: Wissen, meine gegebene Stellungnahme das Nichtstun ist: Also, solche Arbeitervereine, die ein Zeugnis über ihr Verhalten vom Magdeburger Arbeitgeberverband beibringen möchte ich wie die Kriegervereine behandelt wissen.

Sparend, nachdem der Tumult sich gelegt hat: Wir nun mit unsern Verhandlungen zum Schluß gekommen. Ich habe allen gefallen, allen wird Angenehmes versprochen. Ich werde hier auch für ihn eintreten. Es bleibt nur noch eine wichtige Aufgabe. Meine Herren! Wählen Arbeit und Mühe, wir opfern ihnen gemüthliche Plaudereien am Familientische, anregende Theateraufführungen, geistige Stätten.

Sparend sieht sich um und erblickt Kobelt, den einer Saale als letzter seinen Ueberzieher anzieht. Er auf ihn zu, drückt ihm teilnehmend die Hand und spricht: ja, mein lieber Kobelt. Es ist schon so, Sie müssen den G in den Ventel tun. Ich kenne den Hummel noch vom vorigen Male.

Auf die Wähler-Verfassungen, die Mittwoch in der Altstadt, Neue und Alte Neustadt, Sudenburg stattfinden, wird hiermit noch einmal aufmerksam gemacht.

Jerichow I und II.

Die offen christlichen Konservativen. Das zweite Flugblatt der Konservativen führt sich dem Motto ein: Ehrlichkeit bleibt stets die beste Politik. Gleich danach kommt eine Probe dieser Ehrlichkeit, in für die „Grenel der großen Revolution in Frankreich“ die Sozialdemokratie verantwortlich gemacht wird.

Ein weiteres Probe der konservativen „Ehrlichkeit“: Das Flugblatt versichert in treuherzigem Tone, die Konservativen wollen die Steuern der Arbeiter und Handwerker nicht erhöhen. Wirklich nicht. Ja, wer hat denn am lautesten nach Jollen und Verbrauchsabgaben gerufen, wer droht mit dem „Kracken der Throne“, wenn der Kornzoll nicht auf 7,50 Mark festgesetzt werde?

Bon der Sozialdemokratie werden in dem Flugblatt geärgliche Dinge erzählt. Abschaffung des Königtums, die Eigentums, jeglichen Besitzes und andre Verordnungen mehr seien das Ziel der Sozialdemokratie. Das ist irrig, Herr v. Byern! Nicht abschaffen wollen wir den Besitz und das Eigentum, sondern anders verteilen wollen wir das Eigentum, das heute Fremdem geworden ist.

Was damals mitgeteilt wurde, gefällt den Konservativen ganz und gar nicht, und das will uns sehr begreiflich erscheinen. Denn die Parteigänger des Herrn Byern und dieser selbst wollen „die Monarchie von Gottes Gnaden“ — ein sehr ehrwürdiges, wie uns scheint etwas veraltetes Requisite — unangetastet lassen.

Vom Wahlrecht steht nichts in dem Flugblatt, wohl aber von den „Bürgerrechten“, die erhalten bleiben sollen. Als vor einigen Tagen der Kandidat des Kreises, unser Genosse Haupt, in einer konservativen Versammlung in Tucheim die Wahlrechtsfreundschaft der Konservativen im Zweifel und als Beweis dafür die Reden der Herren Mantensfel, Wewel, Piesborf, Wirbach und

H. ESDERS & Co

Breiteweg 45/47 Magdeburg Breiteweg 45/47

Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Kleidung
eigener Herstellung. 1602

Abteilung Hosen

Phantasie- und Pikee-Westen
Nur eigene Herstellung. Tadellosere Sit. Ausgewählt solide Qualität. Enorme Auswahl.
Hosen 2.25 3.50 4.50 5.50 7.00 8.50
10.50 12.50 15.00 M.
Westen und Hosen 5.75 9.00 13.00
19.00 M.
Phantasie-Westen 2.90 3.50 4.25
5.50 6.50 8.00 M. und höher
Frack-Westen in Tuch, weiß Pikee und Seide
Große Auswahl in Hosen und Westen für starke, untersetzte und korpulente Herren.

Fünf öffentliche Wähler-Versammlungen!

Mittwoch den 9. Januar 1907, abends 8¹/₂ Uhr

Zerbster Bierhalle, Schöninger Str. 28, Sudenburg
Sachsenhof, Große Storchstraße 7, Magdeburg

Krone, Moldenstraße 43-45, Alte Neustadt
Weißer Hirsch, Friedrichsplatz 2, Neue Neustadt.

Freitag den 11. Januar: Thalia, Dorotheenstrasse 14, Buckau.

Tages-Ordnung:

Rülows Wahlparole und die Sozialdemokratie.

Die Wahlsituation in Magdeburg. — Freie Diskussion.

Referenten sind: Holzapfel, Klees, Mössinger, Dr. Müller, Magdeburg. H. Ströbel, Berlin.

Es ladet ein

Das Wahlkomitee der Sozialdemokraten Magdeburgs.



Trauer-Hüte
Blusen, Kostümröcke
Kroppe, Fiore etc.
in grösster Auswahl
Lange & Münzer
51a Breiteweg 51a

Wahlkreis Wanzleben!

Grosse

Oeffentl. Wähler-Versammlungen

finden statt in:

Diesdorf bei Herm. Hildebrandt (Weißes Hof)	Dienstag den 8. Januar
Klein-Ottersleben bei E. Schütze (Deutscher Hof)	Mittwoch den 9. Januar
Westerhüsen bei Wassmus (Deutsches Haus)	Donnerstag den 10. Januar
Lemsdorf bei Julius Cäsar (Deutscher Kaiser)	Freitag den 11. Januar
Fermersleben bei E. Stiller (Goldener Engel)	Sonnabend den 12. Januar
Seehausen in Oschersleben (Feldschlösschen)	Sonntag den 13. Januar, nachm. 3 Uhr
Langenweddingen bei Bruno Braune	Sonntag den 13. Januar.

Sämtliche Versammlungen ausschließlich Seehausen finden abends 8 Uhr statt. 2418

Tages-Ordnung:

Die Reichstagswahl!

Referent: Reichstagskandidat Herm. Silberschmidt-Berlin.

Städtische Arbeitsnachweis

Männliche Abteilung: Peterstraße 1, Eingang Margaretenstraße.
Geöffnet von 8-12 Uhr vormittags, 3-6 Uhr nachmittags.
Sonn- und Festtage 10-2 Uhr.
Gebühren- und kostenfreie Vermittlung
Abteilung für das Schank- und Gastwirts-gewerbe
Peterstraße 1. Telefon 2054

L. Grosser Ottersleber Athletenklub

Mitglied des Deutschen Arbeiter-Athletenbundes.
Sonntag den 13. Januar, abds. 7 Uhr, im Strumpffischen Lokal

Preis-Maskenball.

Die 2 besten Herren- und 3 besten Damenmasken erhalten je einen Preis.
Um 12 Uhr: Polonäse und Preisverteilung.
Der Vorstand. 2659

Prinzeß-Kognak

der ersten deutschen Kognak-Brennerei
S. Schömann, Köln
gegründet 1863
in hochfeiner, abgelagerter Qualität
empfehlen billigst

Fr. Oiermann

Westerhüsen.
Junge Aufwartung
für den ganzen Tag gesucht
Bruns, Schönebecker Str. 141.

Gesucht ein tüchtiger Bürsten-
macher bei gutem Lohn oder Auford-
aber nur solche, welche hauptsächlich
gut pechen können, wollen sich melden
bei Karl Beck, Sudenburg,
Säbberstädterstraße 118.

Benedenbeck.

Wohnung, bestehend aus Stube,
Kammer, Küche und Zubehör, zum
1. April d. J. zu vermieten.
2437 C. Neuberg.

Burg. Suche zu Orem
einen Lehrling.
Bäckerei
Blumenthalstr. 41.
Reinhold Wolf

Leih-Haus
M. Korn
Franziskanerstraße 3a.
Söchste Beleihung
aller Wertfachen.
2660

Die Mutterschafts- Versicherung

von Lily Braun
Preis 20 Pfennig
empfiehlt
Buchhandlung
Volksstimme-
Jakobstrasse 49.

Preis-Skat

Freundlichst ladet ein 2488
A. Marosky, Schmidtstraße 10a.

Schlachtefest

Restaurant W. Lackenmacher
Neustadt, Ottenbergstr. 13.

Wilhelm-Theater.

Abendlich 8 Uhr
Sonntag 7¹/₂ Uhr

Tausend und eine Nacht.

Stadt-Theater.

Donnerstag den 10. Januar 1907.
Carmen.

Oalhalla.

Das glänzende
Januar-Programm.
10 Attraktionen 10-

Zirkus

Nur heute Mittwoch
abends 8 Uhr
Die Mädchenverführer
Großes Sensationsstück
in 4 Akten von Karl Wald.
Konrad Heiter: Dir. Max Samst.
Morgen Donnerstag abends
zum erstenmal!

Salome.

Großes Schauspiel mit Melo-
dramen nach der gleichnamigen
berühmten Straußschen Oper,
für die Bühne bearbeitet von
Paul Niesel.

Knecht Ruprecht

oder
Die Weihnachtstee.
Märchenkomödie in 5 Bildern.
Erwachsene auf allen Plätzen
20 Pf., Kinder 10 Pf.

Inventur-Ausverkauf!

Grosse Kostüm-Woche bei Glass & Co.

Zwei Preise
19.00 und 29.00 Mark.

Mein
Großer Inventur-Räumungs-Verkauf
bietet unbeschreibliche Vorteile!
Stannenerregend billige, nicht
wiederkehrende Inventur-Preise!

Der große Vorrat
Winter-Paletots u. Ulster
muss unbedingt gekauft werden, daher
unglaublich billig.
**Herren-Anzüge
Knaben-Anzüge und -Paletots
Winter-Loden-Joppen**

Das vorrätige Lager in
**Damen-Jackets und -Paletots
Herbst- und Frühjahrs-Paletots
Kostümrocken und Blusen
und ein Posten Teppiche**
kommt, um schnellstens zu räumen, zum größten Teil
zu und unter Einkaufspreisen zum Verkauf.

Der Restvorrat **Pelzboas** in 2 Serien
Serie I **6.00 Mk.** Serie II **8.00 Mk.**
Wert erheblich höher.

Adolph Michaelis

Spezialhaus für Gelegenheitskäufe
Ratswageplatz 1, I
völlig vom Leihhaus getrennter Eingang
Apfelstr., erste Tür.

Groß-Salze!!

Den geehrten Hausfrauen empfehle
mein schwachsaftes
Roggenbrot
bei schwerem Gewicht, sowie sämtl.
Mehl- und Futterartikel
— zu billigsten Preisen —
Ernst Eckstädt, Groß-Salze
Holländer Mühle mit Motorbetrieb
und Brotdäberei. 2640

**Littauer's
Schnellnäher**
machen in der Minute angeheert
2000 Stiche näher vor- u. rückwärts
und sind die
vollkommensten
und 2434
leistungsfähigsten
Nähmaschinen
der Gegenwart.

Außerdem empfehle:
vor- u. rückwärtsgehende Schwing-
schiff-, Zentral-Bohlin-, Ring-
schiff-, Schuhmacher-Maschinen
und Waschmaschinen. Auch ohne
Anzahlung, wöchtl. 1 Mk. Abzahlung.
Bei Barzahlung hoher Rabatt.
Deutsche Langschiff 50 Mk.
Nadeln, Öl, Ersatzteile billigst.
Gründlicher Unterricht gratis.
Reparaturen werden gut und billigst
ausgeführt. — 5jähr. Garantie.

**Nähmaschinen-
Spezialgeschäft
Louis Littauer**
Breitweg 272, am Hauptplatz.

Ich taufe alle Posten
**Kanarienhähne
und -weibchen**
für **F. Vahle** im
Restaurant von Soc.
Hochpoststraße 52.

1045 **F. H. Oehlert.**

Möbel-

Total-Ausverkauf
wegen gänzlicher Aufgabe meines
Geschäfts zu nie gebotenen billigen
Preisen. 2544

Mehrere Wohnzimmer von 150 Mk.
Schlafzimmer hell, kompl. 140 Mk.
Küchen von 75 Mk.
Kompl. Salons, Percenzimmer
und andre Möbel billig bei

Gessler, Berliner Str. 30/31.
Waschen Sie schon mit

**Kluges 1113
Seifensalmiak??**

Tinte (tief-schwarz) empfiehlt die
Buchhdl. Volkstimme.

**Arbeiter-
Gesang-Vereine**
finden die grösste und beste
Auswahl an Musikalien bei
J. Gänther, Verlag, Dres-
den, Ziegelsr. 24. Reichste
Auswahlsendungen zu allen
Gelegenheiten Kataloge gratis.

Singer-Nähmaschine, tadellos
nähen, für 12 Mk. zu verkaufen
Breitwegerstr. 1b, I. 11. 2147

**Sichere Hilfe bei
Husten und Heiserkeit.**
Fenchelhonig, schwarzen Johannis-
beersaft, echt bayr. Brustmalzucker,
Eucalyptus-Rentholbonbons, russ.
Lindlich-Karamellen, Kaiser's Brust-
Karamellen, Bacher's Hustenbonbons,
Eucer Salz, Lakritzen, Cacho,
Salmiakpastillen, Sodener und Emmer
Pfeifen usw. empfiehlt die
Reform-Drogerie 1390
Max Schmidt, Gr. Wiesenstr. 243

**Schönebeck.
Geschäfts-Gründung.**
Meiner werten Kundschaft sowie allen
Bekanntem und Freunden zur Nachricht, daß
ich **Königsstraße 15 a** einen
Barbier-, Frisier- und Haarschneide-Salon
eröffnet habe. Indem ich allen mich Beehrenden prompte und
sauberste Bedienung zusichere, bitte mein Unternehmen gütig
unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll **Franz Menzer.**

Die unterzeichneten Inhaber der hiesigen Pfand-
Institute erheben vom **15. Januar d. J.** ab
Zinsenmindestsatz von Markt 0.10 sowie die
Berpänder zu tragende **Feuerversicherungsgebühren.**
Ernst Alleben, Weststr. 9. **Moritz Birnbau**, Katharinen-
str. 10. **St. Michaelstr. 5.** **Herrn. Wähling**, Schulstr.
Luise Gähler, Moldenstr. 1a. **Hud. Franke**, Kl. Jüterbo-
str. 1. **Karl Haack**, Kroatienweg 18. **Julius Jacoby**, Kl. Mühl-
str. 1. **Marcus Korn**, Franziskanerstr. 3a. **Louis Lewy**, Katharinen-
str. 1. **Adolph Michaelis**, Apfelstr. 16. **Karl Müller**, Umfassungs-
str. 1. **Gust. Delsner** (Fuh. Franz Koch), Weinstr. 5 a.
Pauline Delsner, Leiterstr. 2. **Bertha Schmidt**, Neuhäuser-
str. 2681. **Straße 44.** **Julius Schielemann**, Morgenstr. 11.

Kranke!
Homöopath. Behandlung.
Maaßen Prälatenstraße 14
Ede Himmelreichstraße
Sprechst.: 9-5 Uhr, Sonnt. 9-1 Uhr.
Praktiziere jetzt in
Sudenburg, Wolfenbüttler Str. 15
Eingang Lutherstraße.
Sprechst.: 8-9 u. 2-3. Sonnt. 9-10
Telephon 3933.

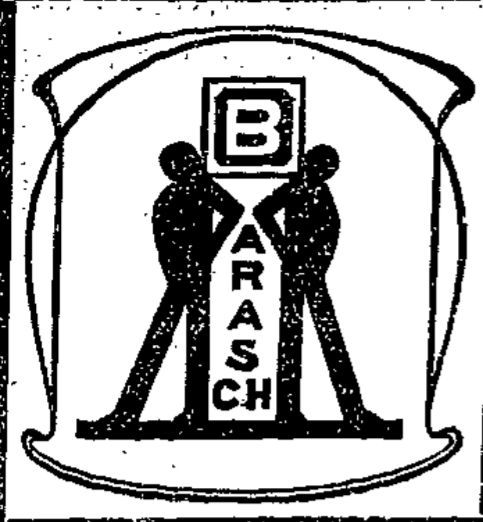
Dr. med. A. Tondeur
Prakt. Arzt, Wundarzt und
Geburtsheifer. 1025
Schmerzloses Zahnziehen
Zahnarzt Selowsky
Große Diebsteier Straße 226
Behandlung v. Kaffeemitgliedern.

**Zentralverband der Handels-,
Transport- und Verkehrsarbeiter.**
Verwaltung Magdeburg.
Nachruf.
Am Sonnabend abend starb
nach langem Krankenlager der
Kollege
Max Hagedorn.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mitt-
woch früh 9 Uhr von der Kap-
elle des Westfriedhofs aus statt.
Die Ordirverwaltung.

Standesamt.
Magdeburg-Alstadt, 7. Januar.
Aufgebote: Eisenbahnbau-
assistent Franz Danders in Berlin
mit Anna Rehring hier. Bergmann
Friedrich Müller mit Anna Schäfer
in Anseburg.
Geburten: Frigard, L. des
Versicherungsbeamten Karl Schmidt.
Ella, L. des Telegraphenleitungs-
assistenten Bernhard Müller. Mar-
garete, L. des Betriebsbeamten
Hans Kießoth. Gustav, S. des Ar-
beiters Hermann Peters.
Todesfälle: Privatmann
Heinrich Wieging, 84 J. 4 M. 25 T.
Witwe Amalie Busse geb. Weisger,
78 J. 5 M. 11 T. Witwe Luise
Franke geb. Hartmann, 75 J. 6 M.
4 T. Witwe Dorette Rebehorff geb.
Römer, 70 J. 11 M. 8 T. Post-
schaffner Gustav Rudolph, 38 J.
2 M. 9 T. Postsekretär Felix Dittke,
34 J. 7 M. 15 T. Auguste geb.
Böncke, Ehefrau des Buchbinders
Gerhard Hammes, 32 J. 8 M. 29 T.
Walter, S. des Versicherungsbeamten
Robert Koebbe, 4 M. 11 T.
Geburten: 7. Januar.
Aufgebote: Tischler Adam
Robert Reinhardt mit Regina Gro-
becker.
Geburten: Friedrich, S.
des Arbeiters Friedrich Kitzmann.
Walter, S. des Kutschers Gustav
Hoholm.
Todesfälle: Marie Schulze
geb. Steinborn, 36 J. 9 M. 9 T.
Friedrich, S. des Arbeiters Friedrich
Kitzmann, 2 Mtn. Helene Henne
geb. Tholl, 32 J. 7 M. 11 T. Ehe-
frau des Drochsenbesizers Wilhelm Leh-
mann, 11 M. 24 T.
Geburten: 7. Januar.
Aufgebote: Schiffsheer Her-
mann Naifath mit Elise Wende.
Hilfsweihenbiller Richard Jentich
mit Witwe Luise Beder geb. Kluge.
Geburten: Karl, S. des Frei-
seners Karl Volkmann. Edith, L.
des Bäckermeisters Hermann Hans-
mann.
Reustadt, 7. Januar.
Aufgebote: Landwirt Ernst
Karl Heinrich Klingenberg mit Luise
Marie Wagener. Tischler August

Wischerleben.
Geburten: S. unehelich.
des Telegraphenhef. Robert Fran-
ke.
Todesfälle: Witwe J.
Böttje geb. Jünkel, 65 J. 1
25 T. Ehefrau Johanne
Fischer geb. Voigt, 52 J. 18
Lucie, L. des Arbeiters Herm.
Driebel, 1 J. 11 M. 2 T.
Burg, 7. Januar.
Geburten: S. des Sergean-
ten Emil Friedhoff. S. des Fab-
rikarbeiters August Lebendig. L.
Bäckermeisters Karl Hartmann.
des Schuhm. Gustav Sanguin.
L. des Arbeiters Heinrich Wegma-
nn.
Todesfälle: Ehefrau
Kentiers August Braumann, 56
geb. Kiebold, 56 J.
Schönebeck.
Eheschließungen: Dre-
 Otto Fißgeb mit Marie Niema-
Wäcker Hermann Feide mit
Kenz.
Geburten: Erna, L.
Eisenbahnarbeiters Oskar Kie-
Gertrud, L. des Fabrikarbeiters
Christian Krüger. Alfred, S.
Restaurateurs Wilhelm Kappel.
Todesfälle: Dachde-
meister Albert Dullert, 62 J. Sop-
Wiesner geb. Chlert, 63 J.

Um Irrtümern vorzubeugen
teile ich meinen werten Kunden und andern verehrten Damen hierdurch ergebenst mit,
dass ich mein Geschäft in ein
Erstes Spezial-Etagen-Geschäft
umgewandelt habe. Ich werde bei enorm billigen Preisen (hervorgehoben durch grosse
Mietersparnis) die grösste Auswahl in allen Artikeln unterhalten.
Ich bitte, das mir solange bewiesene Vertrauen auch meinem neuen Unternehmen
entgegenzubringen.
Hochachtungsvoll
S. Gross Wwe.
Hauptgeschäft: Rotes Schloss,
Breitweg 151, Eing. Münzstr., 1. Etage
Zweites Geschäft: Buckau,
Schönebecker- und Gärtnersstraße-Ecke.



Warenhaus Gebr. Barasch

Wegen Inventur-Aufnahme bleibt unser Warenhaus

morgen Mittwoch geschlossen.

Beginn des Inventur-Verkaufs

Montag den 14. Januar.

Leih-Haus

Adolph Michaelis
Apfelstraße 16, I.
(Gegr. 1881)
Höchst-Belohnung
jeder Werkstätte.
Strengste Verschwiegenheit.



Kaufe Kanarienvogel
und weibchen jeden
Pfeil. Bezugsf. Vögel
3.50 bis 6.00 Mk. für
Weibchen 60 Pf. bei
25 Stück 75 Pf. (2633)

J. Tischler, Annastr. 25, I.

Zahn-Atelier

Richard Sass 77
Nr. 56 Breitweg Nr. 56
Fernsprecher 1403

Zeichnung gefertigt.
Bohle 1 Mark, monatl. 4 Mark
(ohne Preiserhöhung).

Strengste Discretion zugesichert.

Zahnschmerzen schmerzlos.

Spezialität: Zement-, Porzellan-,
Kupfer-, Silber-, Gold-Klamben

Zahn-Reinigung. Solide Preise.

Konsumverein Neustadt

Im Zentrallager sind zu haben:

Geschlachtete Gänse $\frac{1}{2}$ kg 65 Pf.

Bestellungen darauf werden in allen Verkaufsstellen der Genossenschaft angenommen.

Ferner sind in unseren Verkaufsstellen zu haben:

Gänsepökelfleisch | Rücken $\frac{1}{2}$ kg 75 Pf.
Keulen $\frac{1}{2}$ kg 95 Pf.

2638

Der Vorstand.



Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preise von 25—60 Mk.

Neue Nähmaschinen aller Systeme
unter Garantie
in billigster Preislage.

A. Rose, Breitweg 264
(Scharnhorstplatz).

Stilles seit 1865 besteh. Geschäft die. Branche.

Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen
aller Art zu billigen Preisen. 576

Roßschlächtereieröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich **Seunigstraße 3,**
früher Leopoldstraße, eine

Roßschlächtereier

mit elektrischem Betriebe und bitte um geneigten Zuspruch, indem ich
für prima Fleisch- und Rohwaren stets Sorge tragen werde.

Heute Donnerstag frisch geschlachtet.

Leopold Lepzien, Roßschlächter.

Billige Stiefel

nur Altes Brücktor 2

Geübte Schneiderin sucht noch Kund. in
u. außer d. S. Knochenh.-Uf. 18 S. III.

Unschön

ist jeder Leint mit Hautunreinigkeiten
u. Hautanschlägen, wie Milchesser, Fin-
nen, Blitthen, Hautröthe, Gesicht-
pöckel etc. Alles dies beseitigt die echte
Stiefel-Seife. 2881

Leerschwefel-Seife

v. Bergmann u. Co., Rabenstein
mit Schutzmarke: Stiefel-Seife.
à Stück 50 Pf. in Magdeburg:

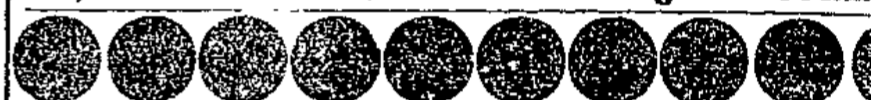
H. Jensch, Altemarkt 28.

Richard Juncoth, Tischlerbrücke 22.

Victoria-Apothek, Kaiserstr. 94 b

In Sudau: Rosen-Apothek.

Schularartikel empfiehlt die Buchhandlg. Volksstimme



Butter!

Da der Konsum in Butter im Monat
Januar stets wesentlich kleiner ist als gewöhn-
lich, so erhalte ich jetzt von sämtlichen
Molkereien sehr bedeutende Zufuhren
und ermäßige folgedessen den Preis für

allerfeinste Molkerei-Butter

Spezialmarke „M. N.“, auf
130 Pf. p. Pfd. mit 5 Proz. Rabatt
(netto also 123 $\frac{1}{2}$ Pf.)

feinste frische Molkerei-Butter kostet
125 Pf. p. Pfd. mit 5 Proz. Rabatt
(netto also 119 Pf.)

A. N. Völker Butter-
handlungen
Fernsprecher 1406

Jakobstr. 5, Jakobstr. 21, Jakobstr. 26
Grünearmsstraße 9/10, Breiter Weg 252 und
Wilhelmstadt, Butterhandlung „Alpenrose“,
Annastraße 22.



Extra-Angebot!

Räumungs-Ausverkauf

sämtlicher Winterwaren sowie in
Chic-, Tanzschuhen und Kindersachen

zu enorm billigen Preisen

statt.

Schubbazar-Vereinigung W. Blumenthal

Breitweg 13.